



Rede von Herrn Heinrich Traublinger, MdL, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, anlässlich der Mitgliederversammlung des Bayerischen Handwerkstages am 19. Oktober 2006 in Bayreuth

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

Anrede

„Gut angefangen, aber dann stark nachgelassen!“

Auf diesen Nenner lässt sich die Bilanz der neuen Bundesregierung nach rund einem Jahr zusammenfassen. Die Große Koalition hatte einen Start nach Maß. Mit einem mittelstandsfreundlichen Maßnahmenpaket – Stichwort Abzugsfähigkeit von Handwerkerrechnungen und energetische Gebäudesanierung - brachte sie die Binnenkonjunktur kräftig in Schwung. Leider hat sie diesem positiven Aufbruchsignal keine konsequente Umsetzung notwendiger Reformpolitik in Deutschland folgen lassen. Bedauerlicherweise herrscht aktuell Stau, Stillstand und Streit!

**Bilanz: Ein Jahr
Bundesregierung**

Die Handwerksentwicklung wird vom Schwung der wiederbelebten Binnennachfrage getragen.

**Handwerksent-
wicklung**

Noch überwiegt Aufbruchstimmung. Die Grunddaten des bayerischen Handwerks lesen sich durchaus erfreulich:

Die Umsatzentwicklung bewegt sich wieder deutlich im Plus. Der Gesamtumsatz der ersten drei Quartale lag mit 62,5 Mrd. € nominal um 3,8 % bzw. real um 2,5 % über seinem Vorjahresstand. Damit übertrifft das Handwerk sogar die Gesamtwirtschaft! Der voraussichtliche Jahresumsatz 2006 wird ca. 87,5 Mrd. € betragen und damit um rd. 4 % nominal bzw. 2,5 % real über dem Wert von 2005 liegen.

Umsatz

Der Beschäftigungsrückgang verlangsamt sich merklich. Mit 870.000 Personen waren zum Ende des dritten Quartals im Vorjahresvergleich nur noch 0,8 % weniger im bayerischen Handwerk beschäftigt. Der voraussichtliche Jahresdurchschnittsbestand wird mit 842.000 Personen etwa 1,3 % unter dem Vorjahreswert liegen.

Beschäftigung

Eine gewisse Entspannung verzeichnen wir auch bei der seit der Handwerksnovelle künst-

Betriebe

lich beschleunigten Betriebsentwicklung.
180.500 Betriebe zum Ende des dritten Quartals bedeuten aber immer noch einen Zuwachs von 3,5 %. Zum Jahresende 2006 werden es 181.500 Betriebe und damit 3 % mehr sein als zum Jahresanfang.

Diese wieder erfreulicheren Zahlen dürfen aber nicht vergessen machen, von welchem niedrigem Niveau aus das bayerische Handwerk auf Aufholjagd geht.

Selten war es schwerer, die weitere Konjunktur- **Konjunkturaus-**
entwicklung vorherzusagen. Auf der einen Seite **blick**
hat die handwerkliche Aufwärtsbewegung spür-
bar an Dynamik gewonnen. Die binnenwirt-
schaftlichen Impulse haben die Bedingungen für
einen selbsttragenden Aufschwung im Hand-
werk deutlich verbessert. Vorzieheffekte wegen
der Mehrwertsteuererhöhung werden zu einer
weiteren Geschäftsbelebung im Schlussquartal
beitragen. Auf der anderen Seite droht zum Jah-
reswechsel eine noch nie da gewesene Steuer-

und Abgabenerhöhungslawine in Höhe von 70 Mrd. €.

Die ökonomische Gretchenfrage für das Jahr 2007 lautet: Wird der Aufschwung in sich zusammenfallen oder hat die deutsche Binnenwirtschaft genug Kraft gesammelt, um die Belastungen zu stemmen? Wenn die konjunkturelle Situation derart auf der Kippe steht, muss die Bundesregierung alles in die Waagschale werfen, was die Betriebe stärkt. In einem Wort ausgedrückt: Reformen!

Allen voran steht die Umsetzung einer mittelstandsfreundlichen Unternehmensteuerreform. Unter dem Strich muss eine echte Nettoentlastung für alle Betriebe stehen. Ein erster wichtiger Schritt ist dabei sicherlich eine Senkung der Steuersätze. Mittelstandselemente müssen darüber hinaus die Personenunternehmen unterstützen, die bei uns die überwiegende Mehrheit stellen. Neben der bereits vorgeschlagenen steuerlichen Begünstigung nicht ent-

Reformen entscheiden wirtschaftliche Zukunft

Unternehmensteuerreform

nommener Gewinne sollte hier auch die Investitionsrücklage verbessert werden.

Positiv sehen wir den sich abzeichnenden Verzicht auf eine Besteuerung ertragsunabhängiger Elemente. Dies hätte vor allem Betriebe in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusätzlich belastet.

Ertragsunabhängige Elemente

Überhaupt nicht einverstanden sind wir allerdings mit der geplanten Verschärfung des Grundsteuerrechts. Die Einführung einer neuen Grundsteuer C verdoppelt die Grundsteuerbelastung für Betriebe und führt besonders für das Handwerk zu einer Steuermehrbelastung. Hierzu ein klares Nein!

Grundsteuer C

Auch bei der Erbschaftsteuerreform hakt es noch kräftig. Ihr Inkrafttreten zum 01.01.07 ist wegen des Wartens auf ein Bundesverfassungsgerichtsurteil gefährdet. Dafür haben wir kein Verständnis! Zudem haben sich die vorgelegten Eckwerte weit vom ursprünglichen Ziel entfernt, die Übergabe mittelständischer Betriebe zu erleichtern. Die ursprünglich geplante

Erbschaftsteuerreform

Ausgestaltung der Reform, insbesondere die anteilige Anrechnung der persönlichen Erbschaftsteuerfreibeträge auf das zu begünstigende Betriebsvermögen und der Wegfall von Entlastungen würden zu einer höheren Erbschaftsteuerbelastung bei kleinen und mittleren Unternehmen führen. Das ist absolut inakzeptabel!

Das bayerische Handwerk setzte sich deshalb dafür ein, insbesondere auf das anteilige „Aufzehren“ des persönlichen Erbschaftsteuerfreibetrags beim begünstigten Betriebsvermögen zu verzichten. Auf unser Schreiben hat Ministerpräsident Dr. Stoiber zwischenzeitlich bestätigt, dass dies erreicht wurde.

**Kein „Aufzehren“
Freibetrag**

Darüber hinaus sollte anstelle einer starren, kontraproduktiven Arbeitsplatzklausel eine Orientierung am Umwandlungssteuergesetz herangezogen werden. Demnach sind für die Fortführung eines Unternehmens die Kennzahlen Umsatz, Auftragsvolumen, Betriebsvermögen und die Zahl der Arbeitnehmer entscheidend.

Arbeitsplatzklausel

Hier hat erfreulicherweise Bundesfinanzminister Steinbrück bereits ein Umdenken signalisiert.

Im Vordergrund der Erbschaftsteuerreform muss **Betriebsübergaben erleichtern** stehen, Betriebsübergaben zu erleichtern. Das bayerische Modell der Abschmelzung der Steuerschuld mit jedem Jahr der Fortführung um 10 Prozent muss endlich umgesetzt werden!

Zur Steuerpolitik empfiehlt der Landesvorstand des Bayerischen Handwerkstages der Mitgliederversammlung eine Resolution zu verabschieden, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, bei den geplanten Steuerreformen die Interessen mittelständischer Betriebe besonders zu berücksichtigen. Unsere Hauptforderungen zu den Steuerreformvorhaben sind darin aufgeführt. **Resolution Steuerpolitik**

Außerdem sei klar gesagt, dass wir es für unerlässlich halten, bei Anhebung der Mehrwertsteuer die Bedingungen für die steuerliche Abzugsfähigkeit von Handwerkerrechnungen zu verbessern, also mindestens 25 % von einem **Abzugsfähigkeit Handwerkerrechnungen verbessern**

Rechnungsbetrag (Arbeitsleistung) bis zu 4.000 Euro!

Dass zwischen Ankündigung und Verwirklichung von Reformen oftmals noch böse Überraschungen lauern können, zeigt das Beispiel der Sozialversicherungen. Angetreten, die gesetzlich, also durch die Sozialversicherungsbeiträge bedingten, Lohnzusatzkosten dauerhaft auf unter 40 % zu senken, hat die Bundesregierung bislang wenig Taten folgen lassen. Der Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung zum 01.01.07 stehen spürbare Beitragsanhebungen in der Renten- sowie der Krankenversicherung gegenüber.

Sozialversicherungen

Insbesondere die Pläne zur Gesundheitsreform lehnt das bayerische Handwerk entschieden ab!

Krankenversicherung

Das neue Fondsmodell ist nur eine Ansammlung von Schwächen und Verschlechterungen. Kein einziges Problem der gesetzlichen Krankenkassen wird gelöst. Statt einer grundlegenden Strukturveränderung des Gesundheitswesens bekommen wir höhere Beiträge, mehr Bü-

rokratie und weniger Wettbewerb. Das kann nun wirklich niemand gebrauchen – schon gar nicht unsere Betriebe!

In einer Resolution fordert deshalb der Bayerische Handwerkstag, die Koppelung der Krankenversicherung an das Arbeitsverhältnis aufzugeben sowie die Beschränkung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen auf medizinisch notwendige Leistungen und die Erweiterung der Eigenbeteiligung der Versicherten. Ein klares Nein sagen wir zu den Verschlechterungen für die private Krankenversicherung, die erschwerte Wechselbedingungen von der gesetzlichen zur privaten Krankenversicherung sowie einen Annahmezwang in den Basistarif ohne Gesundheitsprüfung mit sich bringen.

Resolution Gesundheitsreform

Auch zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung empfehlen wir, eine Resolution mit den Standpunkten des bayerischen Handwerks zu verabschieden. Denn hier enttäuschen die vorgelegten Reformvorschläge ebenso. Die Aufhe-

Resolution Unfallversicherung

bung des Vorrangs von Unfallrenten vor Altersrenten und die Fusionen der Berufsgenossenschaften sind viel zu wenig!

Um eine bereits überfällige und deutliche Beitragsentlastung zu erreichen, schlägt der Bayerische Handwerkstag ein Reformprogramm vor, das auf der Leistungsseite ansetzt. Der Aufgabenbereich der Berufsgenossenschaften muss auf den Kernbereich ausschließlich betriebsspezifischer Risiken begrenzt werden. Alle darüber hinausgehende Risiken, wie z.B. Versicherungsleistungen für Wegeunfälle oder bei illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit, stehen im Widerspruch zur alleinigen Beitragspflicht des Arbeitgebers.

Forderungen zur Unfallversicherung

Die vierte Resolution der heutigen Mitgliederversammlung fordert die zügige Verabschiedung des Forderungssicherungsgesetzes, um der unverändert schlechten Zahlungsmoral zu begegnen. Hier muss endlich gehandelt werden! Wir haben keinerlei Verständnis dafür, dass dieses Thema seit Jahren im Bundestag und in den zu-

Forderungssicherungsgesetz

ständigen Ausschüssen hin- und hergeschoben wird!

Mit diesen vier Resolutionen will das bayerische Handwerk Hilfestellung leisten, den Reformstau auf Bundesebene zu lösen. Wir möchten auch Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister Huber, sehr herzlich bitten, unsere berechtigten Anliegen über den Einfluss Bayerns in der Bundesregierung wie im Bundesrat zu unterstützen. **Reformstau lösen**

Auf Landesebene weiß das heimische Handwerk ja, in welch guten Händen es ist. Die Bayerische Staatsregierung hat erst kürzlich mit ihrer neuen Initiative zum Bürokratieabbau gezeigt, wie wichtig sie die Belange von kleinen und mittleren Betrieben nimmt. Diese Initiative kann man ohne Übertreibung als Meilenstein beim Abbau von Belastungen für die mittelständische Wirtschaft bezeichnen. Hier zeigt sich auch die gute Vorarbeit in der sog. Henzler-Kommission, in der ja auch das bayerische Handwerk seine Vorstellungen einbringen konnte. Es wäre daher sicher vorteilhaft gewesen, wenn auch in den **Initiative Bürokratieabbau gestartet**

neuen Zukunftsbeirat ein Vertreter des Handwerks berufen worden wäre.

Doch zurück zur Initiative Bürokratieabbau: Vom beschlossenen Sofortprogramm, das auf eine Entlastung der Unternehmen von Überprüfungen und Statistikpflichten sowie auf eine Beschleunigung von Fördermaßnahmen abzielt, über den neuen "Bürokratie-TÜV" bis hin zum Maßnahmenpaket zum konsequenten Abbau entbehrlicher Vorschriften des Landes-, Bundes- und EU-Rechts setzt Bayern mehr Freiheit an die Stelle staatlicher Bürokratie. Andere Bundesländer reden nur über den Bürokratieabbau - Bayern handelt! Auch die Bundesregierung wäre gut beraten gewesen, ihren Normenkontrollrat so rasch und reibungslos zu installieren.

**Inhalte Initiative
Bürokratieabbau**

Ein weiteres herzliches Dankeschön des bayerischen Handwerks möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister, für Ihren Einsatz um Preisstabilität auf dem bayerischen Strommarkt aussprechen. Das ist gerade für das Handwerk wichtig. Energieversorgung stellt bei unseren

**Preisstabilität auf
dem bayerischen
Strommarkt**

Betrieben einen immer größer werdenden Kostenblock dar. So haben sich die Aufwendungen der Handwerksbetriebe für Energie seit 1998 um die Hälfte erhöht.

Bayern hat durch die Föderalismusreform die Zuständigkeit für den Ladenschluss erhalten. Noch ist nicht entschieden, wie stark die Liberalisierung ausfallen wird. Das bayerische Handwerk hofft deshalb immer noch, dass unsere besseren Argumente eine weitere Freigabe der Öffnungszeiten verhindern können. Eine erneute Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ginge eindeutig zu Lasten der kleinen und mittleren Betriebe sowie ihrer Arbeits- und Ausbildungsplätze! Es wäre auch zu empfehlen, nicht übereilt zu handeln, sondern die Erfahrungen in anderen Bundesländern einmal abzuwarten.

Ladenschluss

Die von Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister, vorgelegte Fortschreibung des Mittelstandsförderungsgesetzes begrüßen wir nachdrücklich. Aber in diesem Entwurf vermischen wir noch die Garantie eines öffentlich-rechtlichen Unter-

Mittelstandsförderungsgesetz

lassungs- bzw. Folgenbeseitigungsanspruchs für von gewerblicher, kommunaler Tätigkeit betroffene Unternehmen sowie das Einwirken der Kommunen auf formal privatisierte kommunale Unternehmen, dass diese VOB und VOL auch unter den EU-Schwellenwerten anwenden. Wir dürfen hier nicht hinter den Regelungen anderer Bundesländer zurückbleiben!

Gefahren für den Mittelstand sind auch mit den Public Private Partnerships verbunden, wenn diese zu einer Aushebelung der VOB und hier vor allem des Nachverhandlungsverbots führen. Abgesehen davon, dass Haushaltsklarheit und – wahrheit bei dieser neuen Finanzierungsform völlig verloren gehen, werden nach den bisherigen Erfahrungen Aufträge in erster Linie nur noch an Generalübernehmer vergeben. Unseren Klein- und Mittelbetrieben bleibt da bestenfalls die Rolle des Subunternehmers. Wir fordern deshalb, dass das für die öffentlichen Hände geltende Vergaberecht uneingeschränkt zur Anwendung kommt!

**Public Private
Partnerships**

Handwerk! Reformen! Zukunft! Das Motto des diesjährigen Bayerischen Handwerkstages ist aber nicht nur als Botschaft nach außen gerichtet, es betrifft auch uns als Handwerksorganisation. Wir haben gemeinsam ein großes Reformprojekt in die Wege geleitet, um die Handwerksorganisationen noch leistungsfähiger und besser für ihre Mitglieder zu machen.

Organisationsreform im Handwerk

Dies macht auch der Umsetzungsbericht des Bayerischen Handwerkstages deutlich, der an den ZDH übermittelt wurde.

Umsetzungsbericht Bayern

Festzuhalten ist, dass Präsidium und Landesvorstand des Bayerischen Handwerkstages einstimmig bekräftigt haben, dass die ZDH-Empfehlung "Strukturfragen der Handwerksorganisation" Basis auch für die Umsetzung der Strukturreform in Bayern sein soll. Daneben wurde vereinbart, Probleme im Dialog zwischen Kammern und Verbänden, gegebenenfalls unter Moderation des BHT auszuräumen. Bisher hat sich übrigens niemand deswegen an den BHT gewandt!

Probleme im Dialog lösen

Die ZDH-Vollversammlung hat zuletzt in ihrem Beschluss im September dieses Jahres ausdrücklich festgehalten, dass es sich bei der Strukturreform um einen kontinuierlich angelegten Prozess handelt, der zu verbindlichen Vereinbarungen führen muss, die bis zum Frühjahr 2007 abgeschlossen sein sollen. Das Primat der freiwilligen Organisation in fach- und gewerkspezifischen Fragen und die vorrangige Zuständigkeit in arbeits-, sozial und tarifrechtlicher Beratung ist festzuschreiben. Das wollen wir auch in Bayern umsetzen. (Bericht über Beschlüsse des BHT-Landesvorstandes zum weiteren Vorgehen in Bayern)

Beschluss ZDH-Vollversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sie sehen, wir kommen nun in die wichtigste Phase des gesamten Prozesses. Um eine wirkungsvolle Umsetzung der getroffenen Beschlüsse zu gewährleisten, müssen wir alle an einem Strang ziehen. Es geht hier nicht um einzelne Handwerksorganisationen, sondern allein um

Umsetzung wichtigste Phase

die Betriebe. Ihnen müssen wir bestmögliche Leistungen bieten.

Unter diesem Aspekt, möchte ich mich sehr herzlich für Ihre Unterstützung bedanken und bitte Sie, auch in Zukunft mit uns für die Ziele des gesamten bayerischen Handwerks einzutreten. Dann hat das Handwerk durch Reformen in Politik und Organisation eine erfolgreiche Zukunft vor sich!

Appell an Gemeinsamkeit